

U. de Chef du Département
10.2.53



SCHWEIZERISCHE DELEGATION

BERLIN NW 40, den 3. Februar 1953.
FÜRST-BISMARCK-STRASSE 4
TELEFON: 39 53 21

Postscheckkonto DM-West: Berlin-West Nr. 306 00
Telegramm-Adresse: Schweizdelegat Berlin
SPRECHSTUNDEN 9.30-13 Uhr
AUSSER MITTWOCHS UND SONNABENDS

V. 10.2

J.J.17.5.2. -A/Ha
347

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen



POLITISCHES DEPART.
+ -9.FEB.1953 +
N? A.B.51.33.20.A.31.

Na

A.B.31.A.02,
A.B.75.1.1.(1)

M. Brügger
Domin

Herr Minister,

Zu Ihrer Orientierung möchte ich Ihnen über den Stand der Betreuung unserer Landsleute in Ostdeutschland, soweit er sich bis jetzt nach der Schliessung meiner Büros im Ostsektor der Stadt Berlin überblicken lässt, einige nähere Aufschlüsse erteilen:

- 1. Eine Intervention bei den ostdeutschen Behörden zugunsten unserer Landsleute ist kaum mehr möglich.

Ich werde immerhin in gewissen Einzelfällen an ostdeutsche Behörden schreiben, wenn ich annehmen darf, dass meine Hinweise, auch wenn sie nicht beantwortet werden, geeignet sein können, die Lage unserer Landsleute zu verbessern; vor allem in Haftfällen scheint es hin und wieder nützlich, an die zuständige Staatsanwaltschaft zu gelangen, damit man dort weiss, dass die schweizerischen Behörden diesen Fällen nach wie vor ihre Aufmerksamkeit schenken.

Ferner werde ich in einzelnen Fällen an unsere Landsleute Schreiben richten, die so abgefasst sind, dass die Landsleute die Schreiben selbst bei den ostdeutschen Behörden vorlegen und ihnen so die Auffassung der schweizerischen Behörden bekanntgeben können.

- 2. Es liegt bisher kein Anhaltspunkt dafür vor, dass die von der Delegation ausgestellten Pässe unserer Landsleute von den ostdeutschen Behörden nicht mehr anerkannt würden.

- 3. Der direkte Verkehr zwischen der Delegation und unsern Landsleuten ist bisher nicht wesentlich beeinträchtigt.

Ich empfangе laufend zahlreiche Besuche unserer Mitbürger aus Ostdeutschland. Mit einer entscheidenden Erschwerung des Reiseverkehrs von der Ostzone und wohl auch von Ostberlin aus nach Westberlin ist aber in absehbarer Zeit zu rechnen.

Actual receipt
il n'est ad plus
venir pour la
Compendium

An die
Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Eidg. Politischen Departements,
B e r n.



- 2 -

Der Postverkehr mit unsern Landsleuten in Ostdeutschland ist nicht unterbunden. In einigen Fällen haben aber die ostdeutschen Poststellen angefangen, Briefe mit der Bemerkung "Adressat unbekannt" an mich zurückgehen zu lassen. Nach einem zweiten oder dritten Versuch haben die Briefe ihre Bestimmung doch erreicht.

In den Fällen, in denen die Zustellung zunächst nicht vorgenommen wurde, handelte es sich um einen offensichtlichen Missbrauch. Vielleicht will man uns zunächst damit nur zu verstehen geben, dass die Delegation auch in Bezug auf den Postverkehr mit den Landsleuten ernstliche Erschwerungen gewärtigen könnte.

4. Ein Geldverkehr mit den Landsleuten in Ostdeutschland (Gebühreuzahlungen, Ausrichtung von Unterstützungen) ist nur noch dann möglich, wenn die Landsleute auf der Delegation vorsprechen können.

Die Unterstützungen für das ganze erste Quartal 1953 konnten aber glücklicherweise noch rechtzeitig restlos ausgerichtet werden. Ich hoffe ferner, dass es wenigstens noch während einiger Zeit möglich sein wird, Unterstützungen hier für eine längere Zeit zum voraus bar auszurichten, und ich bin für die betreffende Ermächtigung der EZAF sehr dankbar.

Über mein Kt.Krt.-Guthaben beim Berliner Stadtkontor (ca. 7000.- DM.) habe ich bis auf einen kleinen Restbetrag von einigen Mark durch Unterstützungs-Zahlungsaufträge noch verfügt. Eine Bestätigung darüber, ob diese Aufträge ausgeführt worden sind oder nicht, steht aber noch aus. Sobald ich in dieser Frage klar sehe, werde ich auf die Frage unserer Betriebsmittel-Guthaben in Ostberlin zurückkommen.

Gebühreuzahlungen, welche unsere Landsleute in der letzten Zeit noch per Post auf mein Ostmark-Bankkonto leisten wollten, sind an die Absender retourniert worden.

5. Die Vorräte von etwas über 5000 kg wertvoller Lebensmittel, die ich im Ostsektor besass, haben vor Ende des letzten Monats glücklicherweise noch bestimmungsgemäss an bedürftige Landsleute in Ostdeutschland versandt werden können. Alle bedürftigen Landsleute haben so die üblichen Zuteilungen für das ganze erste Quartal dieses Jahres noch erhalten.

Ich werde prüfen, ob in Zukunft ein Versand von Liebesgaben sendungen an notleidende Landsleute von Westberlin, Westdeutschland oder der Schweiz aus möglich sein wird. Voraussichtlich dürfte ein Versand von der Verteilungsstelle, welche die EZAF beim Konsulat in Baden-Baden eingerichtet hat, aus zolltechnischen und andern Gründen am ehesten in Frage kommen. Ich werde mich mit der EZAF deswegen sobald wie möglich in Verbindung setzen.

- 3 -

Theoretisch bestünde auch die Möglichkeit, Lebensmittelpakete durch die HO gegen Devisenzahlung zustellen zu lassen. Ein solches Vorgehen scheint aber aus verschiedenen (namentlich preislichen) Gründen nicht sehr attraktiv zu sein. Ich werde aber auch diese Möglichkeit prüfen.

6. Nach meinen Unterlagen leben in der Ostzone und Ostberlin heute noch ungefähr 3800 Landsleute (Doppelbürger nicht mitgezählt). Schon vor Ende des vergangenen Jahres hatten sich (auch im Zusammenhang mit meinem Ihnen bekannten Rundschreiben vom September v.J.) zahlreiche Landsleute bei der Delegation zur Rückwanderung gemeldet. Am 31. Dezember v.J. waren hier ca. 400 Landsleute zur Heimschaffung vorgemerkt.

Neuerdings hat sich der Andrang von Landsleuten, die in die Heimat zurückkehren möchten, beträchtlich verstärkt. Bis Ende Januar sind 183 Neuanmeldungen zu verzeichnen. Viele der Mitbürger, die sich schon vorher zur Heimschaffung angemeldet haben, sich aber noch nicht zum Entschluss, die nötigen Formalitäten einzuleiten, aufgerafft hatten, sind neuerdings hier erschienen und wollen nun doch so bald wie möglich wegreisen.

Ich schenke diesen Rückwandererfällen selbstverständlich meine ganze Aufmerksamkeit, und bemühe mich, den betreffenden Landsleuten nach Kräften behilflich zu sein. Dabei ist meine Arbeit dadurch, dass ich die Fälle (auch betreffend Heimschaffung von Hausrat) nicht mehr selbst bei den zuständigen ostdeutschen Behörden vorbringen kann, durchaus nicht erleichtert worden. Im Gegenteil; die Beratung der teilweise sehr unbeholfenen Landsleute und die Vorbereitung der von ihnen zu erfüllenden Formalitäten gibt in jedem einzelnen der nun viel zahlreicher gewordenen Fälle wesentlich mehr zu tun als vorher.

Die Abwicklung der Fälle, in denen die erforderlichen Schritte schon vor einiger Zeit eingeleitet worden sind, scheint, soweit wir das hier bisher zu beurteilen vermögen, noch einigermaßen normal zu erfolgen. Laufend erhalten die Gesuchsteller - wenn auch meistens nach einer schon vorher üblichen Wartezeit von einigen Monaten - noch Ausreisevisen und auch die Bewilligungen zum Abtransport ihres Hausrats.

Landsleute, die schon früher die nötigen Formulare beim Konsulardienst des ostdeutschen Aussenministeriums abgeholt hatten, können die Gesuche nun dort ebenfalls noch einreichen.

In neuen Fällen wird jedoch dieses Gesuch nicht mehr entgegengenommen. Man notiert vielmehr dort nur mehr die Namen der Gesuchsteller und sagt ihnen, dass sie

- 4 -

von den örtlichen Polizeibehörden Bescheid erhalten würden. (Neuerdings wurde allerdings einem Landsmann auf der erwähnten ostdeutschen Stelle erklärt, es handle sich um ein neues abgekürztes Verfahren, das zu einer raschern Visumerteilung führen solle. In diesem Zusammenhang wurde ihm sogar gesagt, von der Genehmigung des Visums würde die Schweizerische Delegation verständigt werden!).

Ich fürchte ~~deshalb~~, dass wir auch in Bezug auf die Heimschaffungen neue Erschwernisse zu gewärtigen haben. Ich muss deshalb den Entscheid darüber, ob die Landsleute den normalen Weg der Heimkehr mit einem östlichen Visum wählen oder ohne ein solches sobald wie möglich von Westberlin wegfliegen wollen, jedem einzelnen selbst überlassen. Die Landsleute sind sich auch im klaren darüber, dass sie eventuell mit einer Behinderung des Reiseverkehrs nach Westberlin rechnen müssen. Andererseits wissen sie, dass sie bei einer nach östlicher Auffassung illegalen Wegreise die Beschlagnahme ihres zurückgelassenen Vermögens gewärtigen müssen.

Von den zuletzt angemeldeten Landsleuten haben manche unter diesen Umständen, besonders nachdem ihr formelles Gesuch beim Konsulardienst des Aussenministeriums nicht angenommen wurde, im Sinne, unter Umgehung der östlichen Vorschriften heimzukehren. Das gilt auch für einige Fälle von Doppelbürgern, die ohnehin auf die Erwirkung eines normalen Visums nicht zählen dürfen.

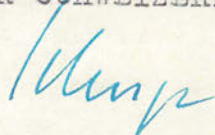
Mein kleines Rückwandererheim, das ich in einem gemieteten Privathaus im Grunewald eingerichtet habe, ist deshalb zurzeit mit Heimkehrern und andern Passanten ziemlich stark belegt. Diese Einrichtung, die in der nächsten Zeit noch mehr in Anspruch genommen werden dürfte, ist für uns gegenwärtig eine sehr grosse Hilfe.

Ich werde Sie über die weitere Entwicklung der Dinge selbstverständlich unterrichtet halten.

Durchschläge dieses Schreibens gehen an die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten und an die EZAF.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER CHEF DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION



siehe NB. nächste Seite

NB. Zu Punkt 5 ist zu präzisieren, dass die letzten verschickten Sendungen von Lebensmitteln doch etwas (ca. 10 - 20 %) geringer ausgefallen sind, als die vorhergehenden Zuteilungen.

Zu Punkt 6 erfahre ich noch von Landsleuten, die beim Konsulardienst des Aussenministeriums der DDR versprachen, dass ihnen dort vom zuständigen Beamten erklärt worden sei, sie hätten seit 2 bis 3 Wochen keine Visagenehmigungen seitens der Polizeibehörden mehr erhalten. In diesem Zusammenhang ist die Mitteilung eines Landsmanns aus Leipzig bemerkenswert, wonach alle ostdeutschen Interzonenpässe als ungültig erklärt worden seien, und dass vorläufig auch keine Anträge erledigt werden.

5